Betrieb und Wirtschaft

Der Stand der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Gebiet des Landesarbeitsamtes Berlin und Brandenburg in der zweiten Maihälfte mit 413 000 angegeben. Gegenüber der ersten Maihälfte ist ein Rückgang um 8404 zu verzeichnen von Arbeitsuchenden. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um 6248 auf 239 050 verringert. Mit 15 000 Personen höher liegt jedoch die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Katastrophenwinter vorigen Jahres.

Die Arbeitsuchenden verteilen sich wie folgt: Berlin 314 057, Provinz Brandenburg 93 097 und die Grenzmark 5831 Personen.

Hauptunterstützungsempfänger sind Ende Mai 239 050 Personen. Dazu kommen 55 137 aus der Krisenfürsorge.

Der Baumarkt, die Metallindustrie, sowie die Holzindustrie sind am stärksten von der Krise betroffen. Lediglich der Braunkohlenbergbau, der in letzter Zeit Massenentlassungen hatte, zeitigt wieder einen kleinen Aufschwung. Ebenso weist die Lausitzer Tuchindustrie relativ stark steigende Einstellungen auf.

Der allgemeine Stand der Arbeitslosigkeit bleibt nach wie vor eine Katastrophe. Die geäußerten Angaben sind lediglich die amtlichen Bekanntmachungen des Landesarbeitsamtes. Rechnen wir diejenigen Proletarier hinzu, die überhaupt keine Unterstützung mehr beziehen, so liegt der Stand der Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit viel höher; sind doch die Nichtunterstützten in die amtliche Statistik nicht mit einbezogen.

Die Faulheitsrente

Einige Zahlen zum Nachdenken.

Das Kabinett Brüning hat für den so dringend notwendigen Ausbau der Krisenunterstützung angeblich nicht genug Geld. Sein Reichsarbeitsminister erklärte den **freien Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe fordern,** das Reich könne nur im „Rahmen des Möglichen" helfen. Gemessen an den elementaren Lebensnotwendigkeiten — der Hunger der Ausgesteuerten tut weh — ist dieser Rahmen eine Unmöglichkeit. Er ist auch eine Gefahr; denn er ist zu straff und zu eng gespannt, und allzu straff gespannt zerspringt bekanntlich der Bogen.

Wie stehts im einzelnen mit diesem Rahmen des Möglichen? Im Etat sind 150 Millionen für Krisenunterstützung vorgesehen. Dazu kommen weitere im neuen Deckungsplan vorgesehene 150 Millionen, so daß also, wenn der Reichstag mit diesen Vorschlägen einverstanden ist, im ganzen zunächst 300 Millionen für Krisenunterstützung zur Verfügung stehen. Mit diesen 300 Millionen kann man vielleicht rund 400 000 Ausgesteuerte unterstützen. Nun liegt aber im Augenblick die Zahl der Krisenunterstützten bereits über 325 000. Auch wenn der Kreis der Berufsgruppen, die in die Krisenfürsorge einbezogen sind, nicht größer würde, dann müßte dennoch in Kürze infolge der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger kräftig in die Höhe gehen... **Die Fürsorge, die Hunderttausende dem Hunger überläßt, ist keine Fürsorge mehr.**"

Soweit haben wir dies aus dem „Vorwärts" (11. Juni 1930) abgeschrieben. Wir sind mal wieder in der seltenen Lage, uns mit dem Noskeblatt einverstanden erklären zu können. Nur müssen wir dem hinzufügen, daß das Schreiben des „Vorwärts" erbärmliche Demagogie ist. Und wir müssen dies beweisen. — Wir nehmen den Reichshaushaltsetat der Koalitionsregierung zur Hand, den Sozialdemokratie und Gewerkschaften bestimmten, den ein sozialdemokratischer Finanzminister aufstellte:

Ausgaben in Millionen Reichsmark.

	Soll im R. J. 1929	April 29 b. März 30
Kleinrentenfürsorge	**35,0**	**35,0**
Krisenunterstützung	150,0	131,7
Arbeitslosenversicherung	225,5	290,6
Besoldung und Gehälter	865,3	842,3
Pensionen	**1780,7**	**1769,8**

Daß allein für die Pensionen jener Leute, die in ihrem ganzen Leben nichts wichtiges getan haben, mehr als die doppelte Summe dessen gezahlt ist, was alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des ganzen Reiches zusammen an Löhnen und Gehältern bekamen, daß für Pensionen mehr als fünfmal soviel ausgegeben wurde wie für Arbeitslosenunterstützung aus der Versicherung und mehr als **fünfzigmal soviel als für Kleinrentner** (die vielgelästerten „Faulheitsrentner"), das soll hier nur erwähnt sein. Uns soll hier nur die Demagogie beschäftigen, die wir im letzten Satz der Vorwärtsnotiz fett ausgezeichnet haben, die Krisenfürsorge betreffend. Der Koalitionssatz hatte 150 Mill. Reichsmark für Krisenunterstützung ausgeworfen, aber von dieser erbärmlichen Summe von Hungerpfennigen hat der sozialdemokratische Finanzminister unter ausschlaggebender Zustimmung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften nur 131,7 verausgabt, also noch 16,3 Millionen eingespart.

Die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe bestand einst, seit der Bürgerblockregierung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften schalten sie ab in der Koalitionsregierung! Daher die Ersparnisse von 18,3 Millionen Mark. Nun wird man natürlich einwenden können, daß im Vorjahr die Arbeitslosigkeit nicht so katastrophal war als in diesem Jahre. Sie war aber so groß, daß viele Städte, verschiedene Industriezebiete (Pfalz, Thüringen usw.) sofort an das Reich um Sondermaßnahmen petitionierten, die gewährt werden mußten. Die Sozialdemokratie hatte 2 Milliarden für Preußen, weil viele ihrer Bonzen ebenfalls Pfründen bekommen. Sie hat jetzt radikale Phrasen für die Verhungernden, um sich auf deren Rücken wieder in die Ministersessel zu schwingen.

Lohnabbau in sozialdemokratischen Betrieben

Für den Königsberger Konsumverein hat der Vorstand für die kaufmännischen Angestellten den Tarif zum 1. Juni 1930 gekündigt. Der Vorstand fordert einen Gehaltsabbau von 10 Prozent.

Das ist der von der SPD. gepriesene „Sozialismus". Diese Tatsache zeigt immer wieder, daß der „Sozialismus" im Kapitalismus eine Phrase ist. Auch die sogenannten Gemeinbetriebe sind den Gesetzen der Warenproduktion unterworfen. Dort, wo die Produktion auch im „gemeinnützigen" Betrieb nicht den notwendigen Profit ergibt, müssen die Arbeiter die Zeche bezahlen.

Preissenkung heißt verschärfte Ausbeutung

In dem Kampf gegen die die kapitalistische Wirtschaft wieder einmal ergriffene Krise sind natürlich alle Mittel recht. Von Mitteln ist eigentlich nicht zu sprechen; denn so viel wissen unsere Herren Kapitalisten auch, daß es nur ein Mittel zur vorübergehenden Rettung gibt. Verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Man weiß es; aber man sagt es nicht, sondern handelt entsprechend. In alle Welt schreit man von einer Preissenkung aller Waren zur Vergrößerung des Umsatzes. Nebenbei sagt man noch, daß nicht nur die Kapitalisten Opfer bringen können; auch die Proletarier müßten die Not des Volkes verstehen. Denn eine Lohnherabsetzung wirkt sich für die Allgemeinheit zum besten aus. Wir selbst wissen aber zu gut, daß eine Preisherabsetzung nicht etwa einen Verzicht der Unternehmer auf einen Prozent ihrer Profite bedeutet. Jeder Pfennig, um den die Preise ermäßigt werden, muß aus den Knochen der Proletarier herausgeschunden werden.

Da die metallverarbeitende Industrie immer noch zu den Hauptfaktoren unserer Wirtschaft gehört und ihr Rohstoff in der Hauptsache Eisen darstellt, wird die in Aussicht genommene Eisenpreissenkung in den bürgerlichen Zeitungen lebhaft besprochen. Unsere vorherigen Behauptungen über den Schwindel der Preissenkung muß auch durch die bürgerliche Presse bestätigt werden. In einem Bericht des „Berliner Tageblatts" vom 11. Juni 1930 über die Versammlung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft liest man u. a.:

Das Ausmaß der Preisherabsetzung scheint im Augenblick immer noch nicht sicher festzustehen, offenbar hauptsächlich aus dem Grunde, weil zwischen den einzelnen Eisenkonzernen noch keine volle Uebereinstimmung über **die Verteilung der aus den Lohnherabsetzungen zu erzielenden Ersparnisse** und der darüber hinaus noch vorzunehmenden Preisherabsetzungen auf die einzelnen Sorten von Walzwerkserzeugnissen zu bestehen scheint.

Man spricht hier von einer Verteilung der durch die verschärfte Ausbeuterung der Proleten erzielten Ersparnisse. Sie sollen nicht alle bei der Preisherabsetzung flöten gehen; den größten Teil wollen sie selbst gleich einheimsen. Die sonst noch vorzunehmende Preisherabsetzung besteht natürlich nur in der Phrase, und dürfte auch jeder nur etwas denkende Arbeiter diesen Zauber als faulen Schmus ansehen.

Aber auch die Ausbeutung kennt Grenzen, und sobald diese überschritten werden, ist es aus mit der Rettung aus der Krise. Die Proletarier haben bei ihren Hungerlöhnen alle Ursache, die Dinge zu erkennen und nicht sang- und klanglos einer Lohnkürzung nach der anderen zuzusehen. Wenn sie jedoch denken, durch den „Kampf ihrer Gewerkschaften" etwas zu erreichen, sind sie im Irrtum. Die Gewerkschaften sind zu einem Bestandteil der kapitalistischen Ordnung geworden; denn ohne sie wäre der Bestand der kapitalistischen Wirtschaft in Frage gestellt. Die Gewerkschaftsbesitzer verhandeln bereits mit den Unternehmern über die vorzunehmenden Lohnkürzungen, oder besser gesagt, über das von den Arbeitern zu bringende Notopfer. Die sogenannten Arbeitervertreter werden schon bald mit den Blutsaugern zur Einigung kommen.

Den Kampf gegen die geeinigte Bourgeoisie und ihre Lakaien kann das Proletariat nur als Klasse vereint führen. Die revolutionären Betriebsorganisationen, zur Union der Ausgebeuteten zusammengeschweißt, bilden die Grundlage für den Kampf zum Sturze dieser Ausbeuterordnung. Solange es kapitalistische Wirtschaft gibt, solange gibt es Krisen und damit immer schärfere Ausbeutung. Erst der Sturz des Kapitalismus und die Einführung der kommunistischen Bedarfswirtschaft wird beides aufheben.

Weitere Massenentlassungen und Stillegungen

Im Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier sind weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen im Gange. Eine Anzahl von kleinen Gruben sollen v o l l k o m m e n stillgelegt werden. Im übrigen soll eine Konzentration der vorhandenen Aktiengesellschaften vorgenommen werden. Die Aktien befinden sich zum größten Teil in den Händen des sächsischen Staates sowie der Städte Leipzig und Zwickau.

Chronik

Aus dem Lande der „Freiheit".

Sechs Arbeiter und eine Arbeiterin sind vor dem Schwurgericht in Atlanta (Georgia), Nordamerika, wegen kommunistischer Tätigkeit angeklagt. Vier waren bereits schon einmal zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt droht einigen davon die Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl. Das Entscheidende ist, daß das Schwurgericht, welches für die Bestätigung der Todesurteile in Frage kommt, auch besetzt ist von Führern der „freien" Gewerkschaften.

Für die Zukunft hat man ein neues Mittel gegenüber dem elektrischen Stuhl für die Hinrichtung. Das neue Mittel ist das Giftgas. An einem zum Tode verurteilten „kemedmer" Verbrecher erprobte man es. Er wurde genau wie beim elektrischen Stuhl in eine Kammer geführt. Dort festgebunden und dann das Gas hineingelassen. Von einem Fenster aus beobachtete der Henker den Vorgang des Todes. Drei Minuten dauerte der Prozeß und soll angeblich schmerzlos gewesen sein.

Das ist das von den deutschen Gewerkschaftsführern gepriesene Paradies für die Arbeiterklasse. Auf allen Gebieten hält der Dollar den Rekord.

Seltsamer Tarif?

Der bekannte Führer der Nazis — Goebbels — soll für die Beleidigung des „ehrwürdigen" Reichspräsidenten der deutschen Republik 800 Mk. Geldstrafe zahlen. Ein Händler aus Regensburg soll sechs Monate „ins Loch", weil er im Rausch zwei „Hüter der Ordnung" beleidigt hat. Der „Vorwärts" nennt dieses Spiel mit zwei Messern — seltsamer Tarif. Wir sagen — das ist ganz in Ordnung. Wenn auch schon die andere Seite „abgestraft" wird und sei es in Wirklichkeit eine Farce, so will die Bourgeoisie den Arbeitern damit zeigen, daß wir doch eine „Demokratie" haben.

Wie Preußen in Belgien.

In der abessinischen Hauptstadt Addis Abeba zogen aus Anlaß ihrer siegreichen Strafexpedition gegen die Rebellen in Nordabessinien 30 000 Krieger mit ihren Siegestrophäen am Kaiser und seinem Hof vorbei. Unter den Gefangenen befanden sich auch die beiden Brüder des Rebellenführers Gugsa. Die des geschiedenen Gatten der verstorbenen Kaiserin Zauditu, und seine Ratgeber, die alle mit einem Stein um den Hals vorbeigeführt wurden.

Schon wieder eine neue Partei in USA.

Eine aus dem ganzen Lande besuchte Delegiertenversammlung beschloß schon wieder die Gründung einer politischen Partei. Die Hauptreferenten waren der als reaktionär bekannte Professor John Dervey und der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte James Maurer. Aufgabe: ohne irgendwelche Bindung an ein Weltanschauungsprogramm, eine möglichst große politische Eilenbogenfreiheit, Kontrolle der Industrie durch den Staat und Arbeiterschutz!!— Die Kosten wird sicher die Industrie bezahlt haben, denn der Bluff verrät sehr deutlich eine Ablenkung der zunehmenden Radikalisierung der Arbeiterschaft.

Bücher-Ecke

I. Klassenkampf und Zeitgeschichte.

A. Bebel, „Aus meinem Leben", 3 Bände, 9,— Mark.
M. Beer, „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe", kart. 8,— Mark, Leinen 10,— Mark.
Bykow, „Das Ende des Zarengeschlechts", brosch. 0,75 Mark.
Die Kriegsmummern der „Jugendinternationale", brosch. 1,75 Mark, gebd. 2,50 Mark.
Ermanski, „Theorie und Praxis der Rationalisierung", brosch. 10,— Mark, Leinen 12,— Mark.
Fischer, „Oelimperialismus", broschiert 3,— Mark, Leinen 4,— Mark.
Karl Liebknecht, „Das Zuchthausurteil", brosch. 1,— Mark.
„ „ „Klassenkampf gegen den Krieg", broschiert 0,50 Mark.
„ „ „Reden und Aufsätze", gebd. 3,— Mark.
A. Londres, „Schwarz und Weiß", kart. 3,— Mark, Leinen 4,— Mark.
M. Hölz, „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne", kart. 2,80 M., Leinen 4,80 Mark.
N. Krupskaja, „Erinnerungen an Lenin", brosch. 1,20 Mark, Leinen 2,— Mark.
Fr. Mehring, „Karl Marx-Geschichte seines Lebens", Halbleinen 5,— Mark, Leinen 7,50 Mark.
W. Münzenberg, „Die dritte Front", kart. 3,— Mark, Leinen 4,— Mark.
E. Meyer, „Spartakusbriefe" I. Band (Dezember 1914 bis September 1916), brosch. 1,50 Mark.
E. Meyer, „Spartakusbriefe" II. Band (Oktober 1916 bis Oktober 1918), brosch. 1,50 Mark.
M. Pokrowski, „Geschichte Rußlands von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit", Leinen 20,— Mark.
Palme-Dutt, „Das moderne Indien", kart. 2,— Mark.
Stang, „Panzerkreuzer Potemkin", gebd. 1,— Mark.
Sonter, „Der neue deutsche Imperialismus", kart. 2,50 Mark.
Varga, „Die sozialdemokratischen Parteien", kart. 4,50 Mark, gebd. 6,— Mark.
Wittvogel, „Das erwachende China", kart. 2,50 Mark, Leinen 3,50 Mark.

II. Romane, Erzählungen, Gedichte.

H. Barbusse, „Das Feuer", Leinen 7,50 Mark.
„ „ „Die Kette", brosch. 4,50 Mark, Leinen 6,— Mark.
Becher, „Der Bankier reitet über das Schlachtfeld", Erzählung, gebd. 1,— Mark.
Becher, „Die hungrige Stadt" (Gedichte), gebd. 2,50 Mark.
Bogdanoff, „Der rote Stern", brosch. 1,75 Mark, gebunden 2,50 Mark.
Daudistel, „Das Opfer", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Grünberg, „Brennende Ruhr", kart. 3,50 Mk., Leinen 5,— Mark.
Illes, „Die Generalprobe", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Kläber, „Passagiere der III. Klasse", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Ollbracht, „Anna — der Roman einer Arbeiterin", kartoniert 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Panferow, „Die Genossenschaft der Habenichtse", broschiert 4,— Mark, Leinen 6,— Mark.
Plivier, „Des Kaisers Kulis", kart. 3,20 Mark, Leinen 5,— Mark.
Scharrer, „Vaterlandslose Gesellen", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Scholochow, „Der stille Don", brosch. 5,— Mark, Leinen 7,— Mark.
Seifullina, „Der Ausreißer", Halbleinen 2,50 Mark, Leinen 3,50 Mark.
Oskar Kanehl, „Straße frei" (Gedichte), kart. 1,— Mark.
„ „ „Die Schande" (Gedichte), brosch. 0,50 Mark.
Erich Weinert, „Neue Gedichte", kart. 1,— Mark.
F. C. Weißkopf, „Es geht eine Trommel" (Gedichte), Pappband 1,50 Mark, Halbleinen 1,75 Mark.
Erich Wollenberg, „Als Rotarmist vor München", kartoniert 2,— Mark, Leinen 3,— Mark.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Reichsumlage!

Wir machen nochmals auf die für die 24. und 25. Woche — für Solidarität — ausgeschriebene Umlage aufmerksam und ersuchen sämtliche Ortsgruppen um unbedingte **pünktliche** Abrechnung. Pro Woche 1,— Mk.

R. A. A.

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Speisebecher, Herfurtstraße 26.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.
Nowawes. Jeden Freitag, 19.30 Uhr, Funktionär-Sitzung von Partei und Union im Lokal Otto Gebauer, Wallstr. 62.

Reich

Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

München. Jeden Mittwoch, 20 Uhr, findet in der Augustiner-Klause, Baalerstr. 66, ein Vortrag mit anschließender Diskussion statt.

Sympathisierende und Leser der „Komm. Arb.-Zeitung" sind besonders eingeladen.

KAP., AAU.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: . . . . . .
Ort: . . . . . .
Straße: . . . . . .

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iankowski, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 25

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 21. Juni 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Das „Notopfer" des Kapitals

Die demokratischen Untertanen der deutschen Republik wackeln ungläubig mit den Köpfen. Sie haben „ihren" Staat, die „neue Staatsform" „gegen rechts und links", so kräftig beschützt und sich nach jedem Sieg kräftig an die Heldenbrust gepocht. Die Pfaffen der Zentrumspartei lieferten dem Reichsbanner den Segen und die demokratischen Kapitalisten das Geld. Die Schwerindustrie half in der großen Koalition mitregieren. In allen Gassen widerhallte das hohe Lied von der „politischen Reife" eines Volkes, daß unbeirrt durch alle Revolutionsapostel seinen Weg in die Höhe geht, schicksalsverbunden, treudeutsch, allewege.

Der Marsch ging hinweg über Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, über die blutigen Märzen bis Kapp. Er ging hinweg über die Tausende, die in den Zuchthäusern umkamen, denn die Republik war in Gefahr. Er ging hinweg über die Zehntausende, die der „passive Widerstand" verrecken ließ, die in Hunger und Arbeitslosigkeit umkamen. Er ging hinweg über alle Krisen mit den verschiedensten Namen. Außenpolitisch wurde die „Verständigung" hergestellt. Der Friede lächelt über der gequälten Erde. Zurzeit werden die Vorbereitungen getroffen, um am Rhein in den „befreiten Gebieten" eine nie dagewesene patriotische Kirchweih vom Stapel zu lassen. Die Arbeitslosen haben hier von neuem Gelegenheit, zu beweisen, daß im „heil'gen Land der Treu" der ärmste Sohn immer noch der Treueste ist. Das Reichsbanner wird — wie die „linken" Sozialdemokraten in ihrem „Klassenkampf" mitteilen — mit den Nazis gemeinsam Musik und Massen stellen, und republikanische und Nazimäuler „erwählter Führer" werden sich gegenseitig zu überschreien suchen.

Was sagt Ihr? Ihr habt die Nase pleng?! Die „Reaktion" wird immer frecher? Nun — nach der „Hilfe der Landwirtschaft", nach der „Reform der Arbeitslosenversicherung", nach dem Raubzug mit Erhöhung der Steuern, Zölle, Mieten, Tarife, nach offenem Lohnabbau? Hört einmal!

Es geht nicht danach, ob ihr die „Nase pleng" habt. Was jetzt kommt, ist gar nichts „besonderes", sondern nur eine Etappe auf dem Wege in die „herrlichen Zeiten". Die Plumpheit und Frechheit, mit der man euch jetzt zu ködern sucht, entspricht nur der Schwierigkeit, die Tatsachen zu verschleiern. Man kann euch nicht mehr so bequem belügen wie früher. Die Tatsachen sind stärker. Ihr habt so lange gegen euch selbst gewütet, bis euch die Puste ausging. Ihr habt es schon einmal getan, habt in der „großen Zeit" Leichenberge auf Leichenberge getürmt, bis ihr nicht mehr darüber hinwegklettern konntet, vor Gestank und Hunger. Hat man euch nicht eingeredet, daß Ueberstunden im „neuen Deutschland" etwas anderes sind, als im alten? Ihr habt euch gefügt. Hat man euch nicht eingeredet, daß ihr die Früchte der Rationalisierung nach deren Durchführung ernten werdet? Ihr habt es geglaubt. Ihr habt in den zwölf Jahren eure Knochen hingegeben, habt dem Geschwätz Glauben geschenkt, daß erst der Kapitalismus wieder „blühen" muß, wenn man ihn „sozialisieren" will. Ihr wolltet „Ordnung", und ihr habt so nun die Ordnung des Hungers, des Friedhofs. Das konnte nicht anders kommen! Denn:

Kapitalismus ist Kapitalismus!

Das blutige Morden ging um nichts anderes, als um die Erschließung neuer Märkte, nur mit anderen Mitteln. Es brachte nicht nur das Proletariat, sondern auch die kapitalistische Ordnung an den Rand des Abgrundes, ohne eine Lösung zu bringen. „Platz an der Sonne!" heißt Platz für die Waren! Für die Waren, die infolge der Technisierung der Produktion in immer größeren Mengen hergestellt werden. Man kann die Warenproduktion steigern, aber nicht den Markt künstlich erweitern. Der Weltmarkt war erschlossen. Der unlösbare Widerspruch zwischen Produktion und Absatz, der dem Kapitalismus eigen ist, führte zur Katastrophe.

Der Krieg ist liquidiert worden, — der Kapitalismus blieb! Der Kampf um den Absatz ging weiter durch „Verbilligung der Produktion" infolge Rationalisierung und gesteigerter Ausbeutung. Nun ist eine Verschleierung des offenen Bankrotts nicht mehr möglich. Die Lösung: „Waren produzieren, billiger als die anderen", das ist die Losung der Kapitalisten aller Länder. Die Mittel dazu: Kapitalzusammenballung für weitere Rationalisierung, Verbilligung der Produktionskosten durch Lohnabbau. Streichung aller „unproduktiven Ausgaben". Maschine ist Maschine, Mensch ist Arbeitstier! Alte Ziehhunde läßt man vergiften. Alte Pferde bringt man zum Schlächter. Ueberflüssige Arbeiter läßt man verhungern! Doch halt! — Auch das Kapital bringt Opfer. Es will die Preise senken, wenn das Proletariat sich mit dem direkten Lohnabzug zufrieden gibt. Der Schiedsspruch der Eisenindustrie soll den Anfang machen. Parole: „Gemeinsam heraus aus der Not!" Das Allerschönste dabei: Alle „Wirtschaftsführer" von „rechts bis links" quatschen für und wieder, beschäftigen sich ganz ernsthaft mit einem „Problem", — das keins ist! Wenn man wüßte, ob die Herren wirklich „gewillt" sind, überlegen die Hanswürste im „Vorwärts" tiefsinnig. Es ist zum Lachen und Heulen zugleich, welche Biedermeiermiene diese gerissenen Gauner bei diesem plumpen Schwindel zur Schau tragen. Als ob nicht jeder Mensch, der nicht hoffnungslos demokratisch verblödet ist, wüßte, daß bei Absatzstockungen, noch dazu in solch katastrophalem Ausmaße, die „Preise sinken". Sie werden schon gedrückt durch das auf dem Markt sich geltend machende Ueberangebot. Produktionsstockungen setzen ein. Lager müssen geräumt werden, um noch größere Verluste zu vermeiden. Zahlungsverpflichtungen drängen. Bankrotte auf Bankrotte häufen sich. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise bricht sich Bahn. Die Krise, die Panik ist da.

Das „Notopfer" des deutschen Kapitals besteht darin, in Zeiten der ungehemmten Profitschinderei diesen Profit hundertprozentig in die Tasche zu stecken. In Zeiten der Stockung — wie jetzt — knöpft es den Teil des Profits, der ihm durch Preissturz zu entgehen droht, dem Proletariat noch extra ab. Noch mehr: die „Preissenkung wirkt sich auf den Binnenmarkt infolge der Preisdiktatur der Kartelle gar nicht aus. Hat ein Arbeiter gemerkt, daß infolge des Sinkens der Schweinepreise das Fleisch billiger geworden ist? Oder infolge der Getreidepreise das Brot? Im Gegenteil: die Zoll- und Steuerpolitik verhindert nicht nur Preissenkungen bis zu dem Konsumenten, sondern treibt die Preise für den Proleten noch während der Krise hoch. Zum Dank dafür sollen die Arbeiter nun ein „Einsehen" haben, weil die Kapitalisten ihren Dreck nicht selbst fressen können. Und der „Vorwärts" gibt bereits den Tip: „Wenn die Preise ernsthaft herabgesetzt würden . . . Ja, dann könnte man natürlich über die Berechtigung der Lohnpolitik des Kapitals reden." — Was sollen schließlich die kapitalistischen Hausknechte, die Gewerkschafts- und Parteibonzen der parlamentarischen Wahlmaschinen weiter sagen. Von ihnen die Wahrheit verlangen ist dasselbe, als vom Kapital „Menschlichkeit".

Für das Proletariat ist diese letzte Provokation der kapitalistischen Blutsauger eine bittere Lehre — aber eine notwendige! Das Proletariat hat hartnäckig alle sozialistischen Erkenntnisse über den Charakter des Kapitalismus ignoriert, hat sich allzu widerstandslos von den Phraseuren der „Demokratie" mißbrauchen lassen. So muß die eiserne Logik der Tatsachen in die Schädel hämmern, daß die proletarische Revolution das kapitalistische System zertrümmern muß, um Menschen und Maschinen die Möglichkeit zu geben, für eine Gesellschaft zu produzieren, in der nicht mehr Millionen arbeitswilliger Hände vor vollen Speichern verhungern.

Das Notopfer der Wehrlosen

Die Regierung Brüning hat zur Deckung des Fehlbetrages von 750 Millionen Mark dem Reichstag drei Gesetzentwürfe zugehen lassen, von denen das wichtigste die „Reichshilfe der Festbesoldeten" ist. Der Ertrag dieses Notopfers wird von der Regierung auf 406 Millionen Mark für das Jahr und auf 700 Millionen Mark für das Etatjahr berechnet. Davon sollen auf die Reichshilfe der Beamtengehälter und Pensionen 328 Millionen Mark, auf die der Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften 24 Millionen, auf die der höheren Angestellten in der Privatwirtschaft mit einem Einkommen über 8400 Mark 50 Millionen und auf die der Aufsichtsratmitglieder 4 Millionen Mark entfallen. Dieser Gesetzentwurf ist von sämtlichen Parteien abgelehnt worden. Keine Partei will die Verantwortung für eine Schmälerung des Einkommens dieser staatserhaltenden Funktionäre der kapitalistischen Wirtschaft übernehmen. Hugenbergs Organ, „Der Lokal-Anzeiger", bringt in seiner Sonntagsnummer einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Das Notopfer der Wehrlosen". Die Kreise, die von der Wirtschaftskrise am allerwenigsten betroffen werden, sind für ihn die Wehrlosen, auf die sich das Hyänenpaar Stegerwald und Moldenhauer, gestürzt haben. Herr Hussong erregt sich gewaltig darüber, daß diesen Staatsstützen ein Opfer abverlangt wird. Es könne ihnen doch nicht zugemutet werden, daß sie für die „marxistische" Youngpolitik bluten sollten. Dazu seien doch die Arbeiter da, die sich so begeistert für die Erfüllungspolitik eingesetzt haben.

Die Idee des Opfers der Festbesoldeten hat die Regierung Brüning von der Regierung Müller übernommen. Sie war als sozialer Ausgleich gegenüber der Arbeiterschaft gedacht, der man nicht die volle Belastung durch die Krise zumuten wollte. Der Senkung der Löhne der Arbeiterschaft sollte eine Senkung des Einkommens der Festbesoldeten parallel laufen. Die Ausnahmestellung, die die kapitalistische Wirtschaft den Beamten mit den wohlerworbenen Rechten geschaffen hat, wird jetzt in der Zeit der Krise vom Kapital zur Auffüllung seiner Kassen nagegriffen. Es ist immer charakteristisch für die Höhe der Krise, wenn das Kapital dazu übergeht, die Gehaltszahlungen einzustellen. Die Schicht der Staatsstützen ist für das Kapital die allerletzte Quelle zur Erhaltung des Profits. Die Gefahr einer Unzufriedenheit dieser Schicht kann der herrschenden Kapitalsgruppe zum Verhängnis werden. Es wird durch eine Gehaltskürzung die Treue und Ergebenheit dieser Lakaien untergraben. Wenn die Regierung Brüning eine solche Maßregel für notwendig hält, so geschieht dies nicht etwa aus sozialen Anwandlungen des frommen Katholiken und Reichsarbeitsministers Stegerwald, sondern aus einer bitteren Notwendigkeit heraus. Das Kapital selbst hält eine weitere Belastung der Massen mit neuen Steuern nur unter gewissen Voraussetzungen für möglich. Die bisherige Steuerlast ist schon so außerordentlich hoch, daß jede weitere Erhöhung praktisch nur einen weiteren Rückgang der Einnahmen bedeuten würde. Es kommt noch hinzu, daß durch die Lohnsenkungskampagne die Kaufkraft der Arbeitermassen schon ganz erheblich geschwächt ist. Die enorme Arbeitslosigkeit, die mehr als doppelt so hoch ist als im Vorjahr, hat schon zu einer derartigen Schwächung des Binnenmarktes geführt, daß sich jede weitere Belastung katastrophal auswirken muß. Es kommt noch hinzu, daß durch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung weitere 194 Millionen Mark aus der Arbeiterschaft herausgepreßt werden, auf der anderen Seite aber durch Reformen in der Arbeitslosenversicherung noch 115 Millionen Mark gespart werden sollen, so daß auf diese Weise ein gleich hoher Betrag für die Konsumtion der Arbeitermassen entzogen wird. Das Kapital konnte sich also nur durch den Angriff auf die noch nicht vollkommen leeren Taschen der Festbesoldeten helfen.

Dieser Angriff war mehr ein Versuchsballon. Er sollte die Absicht der Regierung einer gleichmäßigen Verteilung der Lasten dokumentieren. Die Regierung war sich dabei vollkommen darüber klar, daß dieses Opfer der Wehrlosen keine Mehrheit im Reichstag finden würde. Keine Partei von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten würde es wagen, sich die Feindschaft der Beamtenschaft zuzuziehen. Die Regierung hatte lediglich gehofft, daß die Beamtenschaft sich gegen dieses Notopfer nicht wehren würde, wenn es ihr als Notopfer genügend schmackhaft gemacht worden war. Die soziale Verbrämung, die Hilfe für das Reich in Not, der Appell

an den Opfersinn der Beamten, der Hinweis auf den staatlichen Zwang gegenüber der Arbeiterschaft auf Lohnabbau, würde genügen, um den Aderlaß von 300 Millionen Mark zu Gunsten des Kapitals zu verdecken. Die Beamtenschaft fiel auf diesen Anruf nicht herein. Ihr Patriotismus, ihre Begeisterung für diesen Staat, war nicht so groß, daß sie sich zu einem Verzicht auf ihre wohlerworbenen Rechte hinreißen ließ. Es hagelte Protststürme. Keine Organisation der Beamtenschaft, keine Partei fand sich, die das Projekt der Regierung unterstützen wollte.

Die Sozialdemokratie als prinzipielle Gegnerin jeder Lohnsenkung war die schärfste Gegnerin. Dies hindert sie aber absolut nicht, mit den Unternehmern über eine Lohnsenkung bei der Arbeiterschaft zu verhandeln. Sie konnte es aber nicht mit der Beamtenschaft verderben, die gerade in ihren unteren Schichten sehr stark mit der Partei verbunden ist. Ihre Idee, den Staatsapparat zu republikanisieren, würde noch größeren Widerstand in der Beamtenschaft finden, wenn sie sich auf seiten der Gehaltsräuber stellen würde. Der Verrat der Interessen der Arbeiterschaft fällt ihr bedeutend leichter. Sie hält sich an den Oeynhausener Spruch gebunden und ist nur empört darüber, daß auf die Lohnsenkung keine Preissenkung erfolgt. Sie fühlt sich betrogen, trotzdem ihr von vornherein klar war, daß sie betrogen werden würde. Am allerwenigsten konnten sie doch von der Regierung Brüning erwarten, daß diese schärfste Vertreterin der kapitalistischen Interessen den kapitalistischen Profit in irgendwelcher Weise beschneiden würde.

Die übrigen bürgerlichen Parteien hatten ebenso wenig Veranlassung, die Beamtenschaft gegen sich zu mobilisieren. Es war ihnen vollkommen klar, daß die Ablehnung der Besteuerung der Festbesoldeten keineswegs den Verzicht auf die Deckung der fehlenden 300 Millionen Mark bedeutet. Wenn eben die Beamten noch nicht stürmisch genug gemacht waren, so mußte eben wieder die Arbeiterschaft als die bereitwilligste Opfersschicht diesen Betrag aufbringen.

Die kommunistische Partei stellt sich ebenfalls hinter die Beamten und Angestellten. Die „Rote Fahne" schreibt: „Die Regierung Brüning plündert die Beamten und Angestellten aus und verhöhnt sie obendrein als Leute in gesicherter Lebensstellung". Sie hat Mitleid mit den proletarisierten Beamten und Angestellten. Sie bedauert die Lage dieser Staatsstützen, die die Verkörperung des kapitalistischen Unterdrückungsapparates sind. Sie wehrt sich dagegen, daß das Kapital diese Brüder der Arbeiterschaft mit zur Erhöhung ihres Profits heranzieht. Für sie gehören diese Beamten mit zum werktätigen Volk, zum ausgebeuteten Proletariat. Sie hat Angst, daß die staatserhaltende Gesinnung der Beamten durch eine Herabsetzung ihrer Gehälter leiden könnte. Es ist dieselbe Sorge, die sie auch dem proletarischen Schutzpolizeibeamten, den Brüdern im Waffenrock, angedeihen läßt.

Es ist geradezu merkwürdig, diese Einheitsfront von Deutschnationalen bis zur KPD. für die armen Beamten. Das Funktionieren des kapitalistischen Staatsapparates ist das Band, das alle eint. Keine Partei will zulassen, daß die Bürgerblockregierung Beamtenrechte kürzt. Das revolutionäre Proletariat hat kein Interesse, diese offenen Gegner der Arbeiterschaft zu unterstützen und seinen Henkern noch bessere Lebensverhältnisse zu erkämpfen. Die Entwicklung hat auch gezeigt, daß diese Beamten keineswegs die Wehrlosen sind. Im Gegenteil, sie sind die Nutznießer dieses Systems und werden von ihm ausgehalten.

Der praktische Erfolg dieser heldenmütigen Verteidigung der Festbesoldeten ist die Abwälzung dieser Last auf die Arbeiterschaft. Die Bourgeoisie kann stolz darauf hinweisen, daß alle war Belastung der Arbeiterschaft gezwungen ist, weil der Reichstag einstimmig das Opfer der Festbesoldeten nicht annehmen wollte. Schon meldet sich die Regierung des Sozialdemokraten Braun als Retterin in der Not und macht Vorschläge, die eine höhere Belastung der Arbeitermassen durch Steigerung der bisherigen Steuern darstellen. Sie will nur die Beamten und Angestellten mit einem gesicherten Einkommen von mehr als 8400 Mark mit 2½ Prozent heranziehen. Sie sollen also denselben Prozentsatz zahlen wie die Arbeiterschaft bei der vorgesehenen Erhöhung für die Erwerbslosenfürsorge. Die Junggesellensteuer soll um 50 Millionen erhöht werden. Der dann noch verbleibende Unterschied müßte durch schärfere Versteuerung des Tabaks gewonnen werden. Perner hat die Preußenregierung noch die Einführung einer allgemeinen Getränkesteuer vorgeschlagen, um die Finanzen der Gemeinden zu sanieren.

Es ist absolut kein Zweifel vorhanden, daß die Arbeiterschaft anstelle der Festbesoldeten das Notopfer bringen soll. Keine Partei denkt daran, die Gewinne des Kapitals zu schmälern. Niemand schlägt vor, daß die Klasse der Besitzenden das Notopfer bringt, weil eben das Notopfer ein Notopfer für den Besitz sein soll. Das Kapital will ja diese 300 Millionen Mark zur Stärkung seiner Kapitalsdecke. Es kommt ihm ja gerade darauf an, diesen Betrag zu sparen. Deshalb ist es vollkommen wiedersinnig, das Notopfer vom Besitz zu verlangen. Es ist dies eine Illusion, die darauf beruht, daß der Staat sich noch von der besitzenden Klasse unterscheidet. Die Festbesoldeten zählen sich zur herrschenden Klasse und verlangen, daß sie als solche behandelt werden. Das Privileg des Zahlens ist Sache der Arbeiterschaft.

Das deutsche Kapital erhält auf Grund der Younganleihe 1200 Millionen Mark. Von diesen sind 400 Millionen für Post und Reichsbahn bestimmt, der Rest von 800 Millionen sollte der Steuersenkung dienen. Dieser Betrag ist aber bereits verbraucht, bevor er überhaupt dem deutschen Kapital zustand. Die Krise hat ihn aufgezehrt. Die Erleichterung, die der Youngplan bringen sollte, ist nicht nur nicht eingetreten, sondern der Youngplan hat infolge der Wirtschaftskrise zu einer ungeheuren Ausbeutung der Arbeitermassen geführt. Das deutsche Kapital wälzt nicht nur die Folgen des Youngplans, sondern auch die Folgen der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterschaft ab. Der Hungertod von Millionen Proletariern ist ihm vollkommen gleichgültig. Es sucht seinen Ausweg, die Erhaltung seines Profits. Dabei kann es sich nicht mehr an die überlieferten Formen der Demokratie halten, weil die Stärke der Ausbeutung über das Maß hinausgeht, daß sich mit Hilfe der Bearbeitung durch den Presse- und parlamentarischen Apparat erreichen läßt. Die Bourgeoisie muß schon zu den Mitteln des Bürgerkrieges greifen, um die Empörung der Arbeiterschaft niederzuhalten.

Der Aufmarsch der faschistischen Mörderbanden geschieht unter offener Duldung der Regierung. Die Nationalsozialisten kämpfen nicht etwa gegen das jüdische Kapital, sie gehen nicht in die Quartiere der jüdischen Bourgeoisie, sondern in die Arbeiterviertel. Sie morden nicht die Juden, sie morden die Arbeiter. Ihre antijüdische und antijüdischkapitalistische Einstellung ist nur Bauernfang. Ihr Kampf geht gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Deswegen werden sie vom Kapital ausgehalten. Das Kapital setzt aber nur diese Garden ein, wenn es mit den friedlichen Mitteln der Unterdrückung durch Polizei und Justiz nicht mehr herrschen kann. Die Lohnrauboffensive des Kapitals ist ein brutaler Gewaltakt, gegen den es den Kampf der gesamten Arbeiterschaft heraufbeschwört. Dazu kommt noch, daß die Zäher der Arbeitslosen dauernd steigt, daß die Not der Arbeitslosen immer stärker wird, weil die öffentlichen Kassen immer leerer werden. Die Situation wird von Tag zu Tag kritischer, weil der Lohnabbau die Kaufkraft des Binnenmarktes untergräbt und der Export auf dem Weltmarkt infolge der Krise keinen Ersatz bringen kann.

Die Situation ist schon so kritisch, daß die Sozialdemokratie zur Ablenkung der Arbeiterschaft vom Klassenkampf die Proklamierung von Neuwahlen, die Auflösung des Reichstages für notwendig hält. Der Klassenkampf soll durch den parlamentarischen Kampf ersetzt werden. Die Sturmzeichen mehren sich. Das Kapital beginnt den Widerstand der Arbeiterschaft zu fühlen. Die ausgebeuteten Massen wollen nicht das Opfer eines Wehrlosen bringen. Langsam beginnt das Erwachen der Massen. Der Widerstand konzentriert sich. Die revolutionäre Welle steigt. Die Arbeiterschaft fühlt, daß der Kampf um die Existenz geht. Sie wird sich nicht als wehrlose Masse hinschlachten lassen. Die Sozialdemokratie wird nicht die Macht haben, den Sturm aufzuhalten. Die Stunde wird vom revolutionären Proletariat regiert werden.

Zur Sachsenwahl

Die Beteiligung der sozialistischen Partei der Vorkriegszeit an den Wahlen stand im Zeichen der Hineinführung der Proletarier in das politische Leben und der Gewinnung für den Klassenkampf. Es war jedoch für jeden Marxisten klar, daß der Parlamentarismus starke historische Schranken gesetzt waren. Und im letzten Dezennium vor dem Kriege wurde deutlich sichtbar, daß die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie vom Mittel zum Zweck, zum Selbstzweck geworden war. Die parlamentarische Arbeit wurde zum Kretinismus.

Sein Debakle erlebte der Parlamentarismus der SPD. bekanntlich am 4. August 1914. Aus der Zustimmung zu den Kriegskrediten wurde offensichtlich, daß die parlamentarische Tätigkeit die Massen vollkommen diesem System ausgeliefert hatte. Die ganze Macht lag ausschließlich in den Händen der Fraktion und des Parteivorstandes. Demgegenüber galt es, die Lehre zu ziehen, die Massen aus dieser Abhängigkeit loszulösen. Sie zum Selbsthandeln zu erziehen.

In dieser Krise der kapitalistischen Gesellschaft zeigt es sich, daß der Parlamentarismus die Arbeiterklasse zum Objekt bürgerlicher Politik macht. Ganz gleich, welche politischen Marktschreier an die Wahlurne rufen. Und die Initiative der Massen verliert sich in der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft durch die Wahlbeteiligung. Die KAP. hat als einzige politische Partei daraus ihre Konsequenzen gezogen. Nicht parlamentarische Politik, das ist heute bürgerliche Politik, sondern proletarische Politik, das ist Ablehnung des Parlamentarismus und arbeiten für die Räte. Das Gebot der Zeit ist die Erziehung der Massen zum Selbsthandeln, zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft, Negation des Staates und Aufbau der proletarisch-politischen Organisation.

In Sachsen sollen nun, nachdem der Kuhhandel um die Große Koalition gescheitert ist, die Wähler entscheiden. Charakteristisch sind die Tendenzen, welche zur Auflösung führten und die Wechselwirkungen treten dabei deutlich in die Erscheinung. Die Deutsche Volkspartei versucht wie im Reich so auch in den Ländern, in den Regierungen eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. In Preußen bisher damit keinen Erfolg habend, haben sie in Sachsen die Koalition mit der SPD. abgelehnt, sicher auch aus den Motiven, um in Preußen ihr Ziel endlich zu erreichen. Die „antiparlamentarischen" Nazis, als Zünglein an der Wage im parlamentarischen Getriebe, wollen nach dem Beispiel der Politik ihres Frick in Thüringen derselben auch in Sachsen zum Siege verhelfen. Die SPD. Sachsens, welche, unter dem Einfluß der „Linken" stehend, keine arbeitsfähige parlamentarische Lage schaffen konnte und deswegen von ihren Genossen im Parteivorstand und in Preußen höhnische Vorwürfe einstecken muß, glaubt, durch die Auflösung eine andere parlamentarische Konstellation herbeiführen zu können. Die Saxonarxisten betonen in der Zeitschrift „Der Klassenkampf" Nr. 11, daß bei den Verhandlungen zwischen Demokraten, Volkspartei und SPD. alle Fragen vom Klassenstandpunkt aus gewertet wurden und das „mit der Phrase der Staatspolitik oder der Volksgemeinschaft" nicht operiert wurde. Man daß nun annehmen, daß darum die Ablehnung jeder Koalition die Schlußfolgerung wäre. Aber weit gefehlt. Trotzdem die Koalitionspolitik im Reich so glänzend zeigte, welche Interessen damit vertreten würden, ist die SPD. Sachsens der Glaubens, „daß für sie Koalitionspolitik ebenso Machtpolitik bedeutet wie für den Gegner". Sie ist also für Koalitionspolitik. Da sage noch einer, daß der Saxomarxismus keine besondere Blüte sei. Das sie durchaus koalitionsfähig sind, hat in Leipzig bewiesen, der nicht anders wie der „rechte" Zörgiebel in Berlin auf Arbeiter schießen ließ. Sich also genau so noskitischer Methoden bediente wie weiland der Reichswehrminister. Das ist „Ihre" Klassenpolitik! Die KPD. glaubt, durch diese Anträge und Forderungen begeistern. Gewiß — wer sollte sich nicht dafür begeistern. Es kommt nur darauf an, ob diese Dinge bei den heutigen Machtverhältnissen zu realisieren sind. Und da muß auch die „Rote Fahne" im selben Atemzuge erklären zugestehen, daß die Massen, daß der Bürgerblock diese Forderungen nicht erfüllen wird. Es fehlt nur noch, daß man gleich einen Antrag gestellt hätte, daß die Kapitalisten ihre Produktionsmittel zugunsten des Proletariats aufgeben sollen. Die Arbeiter haben die Auf-

Politische Rundschau

Die Reichen sollen zahlen?

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag im Reichstag eingereicht:

„Stoecker, Dr. Neubauer und Genossen.

Der Reichstag wolle beschließen:

I. Die Deckungsvorlage der Reichsregierung wird abgelehnt.

II. Die Reichsregierung wird beauftragt, dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher enthält:

1. eine Sondersteuer für die Millionäre, welche alle Vermögen über 500 000 Reichsmark einer einmaligen Steuer in Höhe von 10 Prozent des Vermögens unterwirft;
2. eine Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen in Höhe von 10 Prozent der Ausschüttung;
3. eine Sondersteuer auf die Aufsichtsrats-Tantiemen und ähnliche Vergütungen in Höhe von 40 Prozent;
4. eine Sondersteuer für die großen Einkommen über 50 000 Reichsmark jährlich in Höhe von 10 Prozent des Einkommens.

III. Die Reichsregierung wird beauftragt, unverzüglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bestimmt alle Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen, soweit sie die Höhe von 10 000 Reichsmark übersteigen, werden einbehalten; desgleichen alle Pensionen, soweit sie die Höhe von 6000 Reichsmark übersteigen.

IV. Die auf diese Weise eingebrachten Summen werden für Zeigte, welche Interessen damit vertreten würden, ist die SPD. Sachsens der Glaubens, „daß für sie Koalitionspolitik ebenso Machtpolitik bedeutet wie für den Gegner". Sie ist also für Koalitionspolitik. Da sage noch einer, daß der Saxomarxismus keine besondere Blüte sei. Das sie durchaus koalitionsfähig sind, hat in Leipzig bewiesen, der nicht anders wie der „rechte" Zörgiebel in Berlin auf Arbeiter schießen ließ. Sich also genau so noskitischer Methoden bediente wie weiland der Reichswehrminister. Das ist „Ihre" Klassenpolitik! Die KPD. glaubt, durch diese Anträge und Forderungen begeistern. Gewiß — wer sollte sich nicht dafür begeistern. Es kommt nur darauf an, ob diese Dinge bei den heutigen Machtverhältnissen zu realisieren sind. Und da muß auch die „Rote Fahne" im selben Atemzuge erklären zugestehen, daß die Massen, daß der Bürgerblock diese Forderungen nicht erfüllen wird. Es fehlt nur noch, daß man gleich einen Antrag gestellt hätte, daß die Kapitalisten ihre Produktionsmittel zugunsten des Proletariats aufgeben sollen. Die Arbeiter haben die Auf-

Die Beiträge waren niedrig und fast nie Geld in der Kasse. Man beratschlagt, wie man Geld in die Kasse bekommt.

Hierbei geriet Frellighrath mit dem Vorsitzenden in einen scharfen Disput. Um den Frieden wieder herzustellen, kam ein Mitglied auf die Idee, für einen Dichter einen Antrag zu beantragen: Er habe ein Gedicht zu liefern. Dasselbe solle gedruckt werden und zum Besten der Kasse verwendet werden. Frellighrath nahm sich vor, bis nach wenigen Tagen kam er mit dem Gedicht: „Die Toten an die Lebenden" in den Vorstand. Es wurde sofort gedruckt und bereits am 1. August in einer Versammlung des Volksbluts vom Dichter unter tosendem Beifall vorgelesen. Es sollte in 9000 Exemplaren sofort verbreitet werden. „Sie gehen wie warme Semmel" schrieb Frellighrath am 3. August an einen Freund. Am 4. August kam schon das Verbot. Der Dichter erhielt eine Anklage wegen „Aufreizung zum Umsturz der Verfassung und wie zum Bürgerkriege". Am 28. August wird Frellighrath verhaftet und am 3. Oktober beginnt der Prozeß, er wird freigesprochen. Vor Freude brachte die Bevölkerung dem Dichter am Abend einen Fackelzug.

Mittlerweile war in Berlin der Zentrum gegründet revolutionären Bewegung in den Rheinlanden, die „Neue Rheinische Zeitung" gegründet. Karl Marx hatte die Leitung übernommen. Doch schon Ende September, als über die Stadt der Belagerungszustand verhängt wurde, wurde auch das Blatt verboten. Und gleichzeitig ein Teil der Redakteure in Anklagezustand versetzt. Seit dem 11. Oktober erschien die Zeitung wieder. Ihrer Redaktion gehörte nun auch Frellighrath an. Eine Anzahl der herrlichsten Gedichte, die Frellighrath 1849 und 1851 in zwei Heften unter dem Titel: „Neuere politische und soziale Gedichte" veröffentlicht, sind zuerst in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienen. Der Einfluß Marx auf Frellighrath ist unverkennbar. Aber auch Marx stand unter dem Einfluß seiner Dichtung. Uebrigens mußte das kühne Kampforgan bald die Waffen strecken. Marx wurde abermals ausgewiesen. Am 19. Mai 1849 erschien die letzte Nummer, in rotem Letterndruck. An ihrer Spitze war sie Frellighraths berühmtes „Abschiedswort". Er hatte es am selben Morgen während des Anklidens gedichtet.

Frellighrath war gewiß ein Kind seiner Zeit und die heutige Sozialdemokratie wird ihn zu seinem 120. Geburtstag feiern als den Sänger der Demokratie. Die Sozialdemokratie strebte nicht im November 1918 vorwärts, sondern griff die alten 60 Jahre zurückliegenden Forderungen, die unerfüllt in der 1848er Revolution geblieben waren, auf. Das revolutionäre Proletariat wird aber trotzdem die revolutionären Gedichte als dauernd in ihr Arsenal einreihen und so dem Kämpfer Frellighrath gedenken. —

(„Ça ira" — „So wird es gehen". Titel eines Kriegsliedes der französischen Revolutionsarmee von 1792.)

Die nationalsozialistische Bewegung — ihre Wurzel und Entwicklung

Die ersten Wirkungsmöglichkeiten für die „Nationalen Verbände" verschaffte Noske. In der Brigade Ehrhardt und den verschiedensten Baltikum-Formationen konsolidierten sie sich. Allerdings waren alle diese Verbände damals noch nicht in dem heutigen Sinne als national-sozialistisch" anzusprechen, sondern der Arbeitermord wurde von ihnen als Fortsetzung des Krieges und in Ermangelung produktiver Arbeit betrieben. Nach der blutigen Niederwerfung der Spartakuskämpfe, der Ermordung Liebknechts, Luxemburgs und tausender revolutionärer Arbeiter finden wir die Kerntruppen der heutigen NSDAP. auf den Gütern der ostelbischen Großagrarier, wo sie bei den aufflackernden Streiks der Landarbeiter als Streikbrecher fungieren und weiter für „Ruhe und Ordnung" sorgen.

Wenn auch bei ihrer Beteiligung am Kapp-Putsch nicht alle ihre Blütenträume in Erfüllung gingen, so gab ihnen doch dieser ihren ersten Waffengang gegen die Republik erneut Gelegenheit, unter wohlwollender Duldung der Ebert-Noske-Regierung, ihre blutige Henkersarbeit unter dem revolutionären Proletariat zu verrichten. Die gleichen politisch, moralisch und ökonomisch entwurzelten Elemente stehen 1923 in Hitlers Reihen. In dieser Zeit des Ruhrkrieges gelangte der völkische Gedanke zum vollen Triumphe. Da die deutsche Schwerindustrie riesige Gewinne einsteckte, gingen auch ihre nächsten Helfer, die Nationalsozialisten, nicht leer aus. Die schmähliche Verräterrolle der KPD., die sich damals nicht schämte, in die nationalistische Konkurrenz mit dem Hakenkreuz zu treten, half dieser Bewegung erst den Boden schaffen, von welchem große Schichten indifferenter Massen leicht zu erfassen waren.

Nachdem das Kapital mit dem Abschluß des Ruhrkrieges sein Interesse an dem nationalen Rummel verloren hatte, schüttelte es seine bisherigen Schildknappen auch rücksichtslos ab. Die kleinbürgerlichen Massen der nationalistischen Verbände dagegen waren in Bewegung gekommen und wollten sich auswirken. Der Hitler-Putsch in München scheiterte daran, daß das Kapital seine Mithilfe verweigerte. Politisch und organisatorisch gesehen, bedeutete der Münchener Hitler-Putsch für die Nationalsozialisten wohl einen Rückschlag, welcher jedoch dadurch wettgemacht wurde, daß sie den Nachweis erbracht hatten, auch vor dem offenen Kampf gegen die Staatsgewalt nicht zurückzuschrecken. Andererseits wurden sie gezwungen, wollten sie den Wahlkampf mit Erfolg bestehen, den Kampf um die Macht auf legalem Wege zu führen. In verhältnismäßig kurzer Zeit hat die NSDAP. den Weg von der Verschwörersekte zur Massen- und Regierungspartei durchlaufen, während sie früher das Kaiserreich propagierten, ist ihnen jetzt die Staatsform eine Frage von untergeordneter Bedeutung". Sprachen Sie früher vom „Arbeiterschwein", so haben sie jetzt ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckt. Durch die Tatsache der Zuwanderung größerer Teile von Arbeitern aus der SPD. und KPD. haben sie auch ihre taktische Stellung zu den Wirtschaftskämpfen revidiert. In der Nummer des „Nationalsozialist" vom 4. Juni wird hinsichtlich auf die „Gelben" mit der Ueberschrift: „Gesindel" in Erinnerung gebracht, daß auf der gewerkschaftlichen Sondertagung des vorjährigen Parteitages in Nürnberg „übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck kam, daß die Zugehörigkeit zu „gelben" oder werksgemeinschaftlichen Arbeiterorganisationen mit der Mitgliedschaft in der NSDAP. unvereinbar sei . . . und jedem Nationalsozialisten, der in wirtschaftlichen Kämpfen seinen Arbeitsgenossen in den Rücken fällt und Streikbruch begeht, schimpfliche Entfernung aus der Partei in Aussicht stellt". Die Praxis wird ja lehren, was von diesen Beschlüssen zu halten ist.

Die parlamentarischen Erfolge der NSDAP. im letzten Jahre haben die Struktur dieser Partei stark gewandelt, so daß die Parteileitung der Zukunft schon besorgniserregend entgegensieht. Der „Nationalsozialist" vom 27. Mai bringt eine Rede von Hitler von der Münchener Generalversammlung, welcher wir folgende interessanten Auszüge entnehmen.

„Wir haben es nicht mehr notwendig nach Mitgliedern zu gieren, im Gegenteil: wir erwägen allen Ernstes, daß einmal die Stunde kommt, in der wir sperren werden.

In wenigen Tagen wird die Bewegung in München zu einem neuen entscheidenden Schritt kommen: Die Partei wird zum ersten Male ein großes eigenes Heim kaufen (stürmischer Beifall), ein großes Gebäude, das repräsentieren soll die Größe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Das neue Haus muß für eine Million Mitglieder genügen, mehr nehmen wir nicht auf. In Deutschland wird man dann sehen, daß unsere Bewegung, die soviel verspottet und verlästert wurde, wieder einen Schritt vorwärts getan hat in dem legalen Kampf um die politische Macht!"

Abgesehen von der bramarbasierenden Großsprecherei, zeigt uns der sachliche Inhalt dieser Rede, wie verhängnisvoll der Tanz dieser Partei in das „jüdische" Parlament geworden ist. Sie wird an ihrem „revolutionären Parlamentarismus" genau so krepieren wie die KPD.

Fragt nun jemand; warum gehen die Nationalsozialisten ins Parlament? so antwortet der „Nationalsozialist" darauf:

„Es ist das völkische Erwachen, das nun seinen Resonanzboden im Volke dadurch findet, daß die völkischen Höchstziele in den Parlamenten aufgezeigt werden können, was bei den dauernden Verboten sonst so unendlich erschwert wurde."

Welcher Arbeiter muß hier nicht mit Vergnügen an die KPD. denken, die auch als letzte Entschuldigung für die Beteiligung am Parlamentarismus, die Immunität der Abgeordneten anführt?

In fetten Lettern fordert der „Nationalsozialist" vom 3. Juni „Generalstreik gegen den beabsichtigten Lohnabbau" und verschweigt schamhaft, daß die Thüringer Frick-Regierung die Steuern genau so aus dem Proletariat herausschindet, wie der von ihnen „bekämpfte" Reichsfinanzminister Moldenhauer.

In Thüringen und Sachsen, wo der Zwergbauernbetrieb vorherrscht, bezeichnen sie die ungerechten Besitzverhältnisse an Grund und Boden als wesentliche Ursache an den sozialen Mißständen und fordern Aufteilung des Großgrundbesitzes. In Ostelbien muß wieder der Achtstundentag, die Arbeitslosenunterstützung und die Faulheit der Arbeiter herhalten. Diese Manöver gehören zum Stimmenfang, und es wäre müßig über ihre wahren Absichten Ergründungen anzustellen. Nur auf der Linie des „Antisemitismus" sind sie sich treu geblieben. Hier haben sie vor den kleinbürgerlichen Massen noch die größten Erfolge zu verzeichnen. Ganz geschickt erklären sie gerade vielen Arbeitern ihre Stellung zum Kapital, wobei sie mit antisemitischen Phrasen „von dem raffenden" — im Gegensatz zum „schaffenden Kapital" sprechen.

Das ist nur eine kleine Blütenlese aus der Fülle dessen, womit sie die Arbeiterklasse „durch die Errichtung des 3. Reiches beglücken wollen. Und ein Proletariat das diese Offenbarungen kritiklos über sich ergehen läßt, wäre auch wieder fähig für das Kapital in einen neuen Krieg zu torkeln.

Gewiß, der Reformismus und der Nationalismus sind Zwillingsbrüder und ein Stück des Kapitalismus. Wenn das Proletariat sich in den revolutionären Betriebsorganisationen das Fundament seiner Klassenzieles schafft, wird es auch diesen National„sozialismus" in die Rumpelkammer der Geschichte werfen.

Eine chrenwerte Gesellschaft

Sie passen alle zusammen.

Kaviar.
Hühnersuppe.
Rheinlachs in frischer Butter.
Rehbraten in süßer Sauce.
Eisbowle mit frischen Erdbeeren.
Fünf Sorten Liköre. Fünf verschiedene Weine.

Diese herrliche Speisetafel ist natürlich nicht für Arbeitslose. Für wen sie da ist und wer daran nur teilnehmen kann, das zeigt uns die „B. Z. am Mittag" vom 23. Mai 1930.

„Durch die Krankheit Nikolai Krestinskis zu Beginn der Saison hatte das sowjetrussische Botschafterpaar seine winterlichen Empfänge und Diners verschoben. So kam es, daß sich kurz nach der letzten Einladung gestern wieder als größerer Gastekreis im Haus Unter den Linden 7 zum Diner zusammenfand.

Unter den Gladenden sah man den Botschafter Frankreichs, de Marguerie, Reichskanzler Brüning, Reichstagspräsidenten Löbe und Gattin, norwegischen Gesandten Scheden, dänischen Gesandten Zahle, polnischen Gesandten Roman Knoll, tschechischen Gesandten Chwalkowsky und den erst ganz kurz hier akkredierten Gesandten von Afghanistan, Abdul Hadi Khan, Reichsminister von Guérard, Staatssekretär Meißner, Pünder, Weißmann, Schaeffer, vom auswärtigen Amt Graf Tattenbach, Ministerialdirektor Köpke und Zechlin, außerdem den früheren Reichsgerichtspräsidenten Simons und Frau, Reichstagsabgeordneten Landsberg und den Führer der Volkspartei, Scholz, Herbert Gutmann mit Frau, Mr. Lochner, den Vorsitzenden der Auslandspresse, und Frau, sowie Graf und Gräfin Arco."

Diese Dinge sind nicht neu. Schon in den früheren Jahren, während die 3. Internationale den Jahrestag der Oktober-Revolution feierte, saßen am gleichen Tage die deutsche Bourgeoisie und die russische Botschaft zusammen, um auf „ihre Art" bei Wein und Sekt die „Oktober-Revolution" zu feiern. Die „Rote Fahne" berichtet natürlich über derartige Festlichkeiten nichts.

Sie brüllt vom Kampf gegen die Brüning-Regierung und gegen den Sozial-Faschismus, indessen verkehren die Minister des deutschen Kapitals und die Sozial-Faschisten bei Herrn Krestinski — und lassen es sich wohlschmecken.

Diese „rote" Staatsdiplomatie hat den Zweck, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der russischen und der

gabe, sich nicht durch diese Bauernfängerei täuschen zu lassen. Sie müssen begreifen, daß sie ihre „soziale Frage" selbst lösen müssen. Dann werden auch diese „parlamentarischen Kämpfer" — die die Arbeiter zum Narren halten — ausgespielt haben.

Ein Lebensmüder

Die Tragödie eines Pründners.

Ein Sozialdemokrat — mit Namen Bern Meyer — hat sich das Leben genommen. Derselbe war zunächst als zweiter Bankdirektor bei der Arbeiterbank tätig. Vor ungefähr zwei Jahren wurde von der Direktion der Arbeiterbank dem Aufsichtsratsmitglied, Herrn Leipart, ein Bauernstreich geschenkt. Ferner traten durch Spekulationen große Verluste ein. Bern Meyer wurde verdächtigt, diese Dinge entwickelt zu haben. Der erste Direktor ging daher dazu über, Bern Meyer zu entlassen. Trotz dieser Maßregelung schwärmt Bern Meyer, die SPD. hatte ihm nämlich einen hervorragenden Posten anderweitig versprochen. Zunächst war er tätig im Michael-Konzern, hier betriedigte ihn jedoch die Tätigkeit nicht.

Sein Versprechen sollte nun in Erfüllung gehen. Im Magistrat stand auf der Tagesordnung die Vergebung des Postens für den zweiten Direktor in der Berliner Stadtbank. In der traglichen Magistratssitzung, wo nun die Wahl auf der Tagesordnung stand, fehlten einige Sozialdemokraten, so daß Bern Meyer durchfiel.

Daroh bei dem Manne eine große Enttäuschung, so daß er in dieser Welt weiter keinen Ausweg wußte, als sich das Leben zu nehmen.

Wenn wir davon Notiz nehmen, so deshalb, um zu zeigen, wenn jene Leute sich schon das Leben nehmen, dann ist es kein Wunder, wenn ein Teil der Millionen sagt, das Leben innerhalb dieser Ordnung hat keinen Sinn mehr; denn der Kapitalismus kann uns nicht mehr ernähren — und sich den Gaschalunch in den Hals stecken.

Der weiße Terror in Polen

In einem Hochverratsprozeß standen vier Kommunisten vor dem Bezirksgericht in Lemberg. Die Anklage lautete auf kommunistische Agitation unter den Massen. Drei von den Angeklagten verurteilte das Gericht zum Tode durch den Strang. Die polnische Bourgeoisie erklärt, man müsse ein Exempel statuieren. Die polnische Bourgeoisie versucht mit diesem Bluturteil infolge der Wirtschaftskrise in Polen eine Rebellion im Proletariat zu unterbinden.

internationalen Bourgeoisie auszubauen. Die Ausbeutung des russischen Proletariats muß herhalten. Die Nep-Bourgeoisie, zu der auch die Stalin, Krestinski und Genossen gehören, ist Fleisch vom Fleisch der internationalen Bourgeoisie. Auf Grund dieser Tatsache gehen die Dinge ganz in Ordnung. Den Arbeitern der KPD. wollen wir bei dieser Gelegenheit sagen, daß sie mit dieser neuerstandenen Bourgeoisie und ihren Söldlingen in Deutschland nichts gemein haben dürfen.

Ferdinand Freiligrath

(Zum 120. Geburtstage.)

Freiligrath ist ein Sohn des Teutoburger Waldes und wurde am 17. Juni 1810 zu Detmold geboren, wo sein Vater Lehrer an der Stadtschule war. Bis zum Eintritt in die Prima besuchte er das Gymnasium. Dann kommt er nach Soest in die kaufmännische Lehre. Er hatte gerade seine Lehrzeit beendet, als auch sein Vater starb. (Die Mutter verlor er schon als er noch Kind war.) Fast gleichzeitig machte er seinem Bruder seiner Mutter, der Kaufmann in Edinburg war und dessen Geschäft Freiligrath später übernehmen sollte, bankrott. Das waren schwere Schicksalsschläge. Doch das Leben war nicht nur die Schule, in der sich der Charakter des Dichters festigte; es war auch die Quelle seiner Gedichte. Weil er Kaufmann war, entging er dem akademischen Regelzwange, er wurde frühzeitig zum Studium moderner Verkehrssprachen gedrängt. Das hatte aber auch zur Folge, daß er den Blick frei und offen halten konnte für die Realitäten des Lebens. Er kam frühzeitig in die Fremde und erhielt so die mannigfachste Völker umspannende Fernsicht in außermenschlicher Zonen. Und in der Tat, etwas Großes und Weites lebt in den „Gedichten", die der 1836 nach Barmen zurückgekehrte Handelskommis veröffentlichte.

Der große Erfolg seines ersten Gedichtbandes bestimmte den Dichter, seine kaufmännische Stellung in Barmen aufzugeben. Er übersiedelte zunächst nach Unkel am Rhein. Von dort aus unternahm er eine Reise nach Schwaben zu Ludwig Uhland, Gustav Schwab, Kerner, Karl Mayer und anderen namhaften Dichtern. Zurückgekehrt, blieb er nun in Darmstadt, wo er sich auch einen eigenen Hausstand gründete. Dies Jahr sollte für sein weiteres Schaffen entscheidend sein.

Ringsum in den deutschen Landen war die Opposition erwacht. Die Männer der politischen Lyrik: Prutz, Dingelstedt, Hoffmann von Fallersleben, Ludwig Pfau und andere stießen ins Horn. Aber vor allem war es doch Georg Herwegh, dessen „Gedichte eines Lebendigen" 1841 bei ihrem Erscheinen ganz Deutschland erregten. Was nun Freiligrath anging, so teilte er keineswegs die Begeisterung für Herwegh. Zwar hatte Freiligrath ja seit 1837 am öffentlichen Leben und an den politischen Zeitereignissen mehr und mehr Anteil genommen. Aber als Dichter stand er doch noch ganz auf dem Boden konservativer Anschauungen. Daher berührte ihn Herweghs revolutionärer Ton sehr unangenehm.

Die immer traurigen werdenden Zustände, zumal die der Presse, die kleinlichen Quälereien einer fürstendienerischen Zensur, das Ueberwuchern eines volksfeindlichen Pfaffentums, kurz, der ganze romantisch-pietistische Scheinliberalismus Friedrich Wilhelm IV. zog aber auch in Freiligrath eine Stimmung schwerer Dann wurde der Professor Hoffmann von Fallersleben in Breslau mit Verlust der Pension abgesetzt. Und endlich hatte man den Professor Jordan, den „Vater der hessischen Verfassung" nach vierjähriger Untersuchungshaft wegen Hochverrat prozessiert, indem man ihn zu mehreren sechs Jahren Festung verurteilte. Zwar sprach ihn das Oberappellationsgericht frei, aber Jordan war ein gebrochener Mann. Das sind die Hauptmomente, die im Sommer 1843 auf Freiligrath einwirkten, seinen optimistischen Sinn verdüsterten und ihn veranlaßten, im Juli schon recht „schaffrig" zu werden. Und seit dieser Zeit stand er auf dem Boden rein politischer Lyrik. Am 1. Januar 1844 erhob er seine Pension nicht mehr. Im Oktober erschien der Gedichtband, das „Glaubensbekenntnis". Damit brach Freiligrath alle Brücken hinter sich ab und trat nun laut eigenem Bekenntnis „